

vorwärts HESSEN

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES UND DER SPD-FRAKTION HESSEN

SEPTEMBER 2017

VOLLE PULLE ENDSPURT



Thorsten Schäfer-Gümbel,
SPD-Landes- und Fraktions-
vorsitzender

Ein großer Teil der Bürgerinnen und Bürger ist noch unentschieden, ob und was sie bei der Bundestagswahl wählen wollen. Das ist eine große Chance für uns. In einem kraftvollen Endspurt können und wollen wir überzeugen, dass die SPD die richtigen Antworten auf die Fragen der Zeit gibt.

Merkel und die Union versuchen das Land einzulullen, wir müssen es aufwecken, indem wir über Inhalte reden. Die CDU ist blank, wenn es um die Zukunftsfragen dieses Landes geht.

Wer aus der Perspektive von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, von Familien oder Rentnern die Dinge betrachtet, findet bei der SPD und unserem Spitzenkandidaten Martin Schulz viele Gründe, sozialdemokratisch zu wählen.

Wir stehen für Respekt vor harter Arbeit und wollen deshalb willkürliche Befristungen abschaffen. Wir wollen die Kinderbetreuung gebührenfrei machen und Ganztagschulen ausbauen, um Familien zu entlasten und Bildungschancen zu verbessern. Unser Steuerkonzept und die paritätische Finanzierung der Krankenkassen entlasten kleine und mittlere Einkommen. Heutige und künftige Rentner können sich darauf verlassen, dass Beiträge und Rentenniveau stabil sind und das Renteneintrittsalter bleibt.

Wo die SPD konkret wird, da bleibt die CDU schwammig. Ihr Kalkül ist, wer nichts verspricht, muss auch nichts halten. Wer Verlässlichkeit und Haltung erwartet, ist bei der Union an der falschen Adresse.

Auf dieser Basis können wir unser Ziel erreichen. Unser Anspruch ist „Mundfunk statt Rundfunk“ – was meint, direkt auf die Menschen zugehen. Das persönliche Gespräch, an Haustüren, am Infostand oder in der Nachbarschaft, ist unser stärkstes Pfund. Deshalb mein Motto: Volle Pulle Endspurt! Ich bin dabei und hoffe, dass möglichst viele von euch mitmachen.

Th. Schäfer-Gümbel

Thorsten Schäfer-Gümbel

MARTIN SCHULZ IN HESSEN:

25. AUGUST, 13 UHR
RÖMERBERG 27,
60311 FRANKFURT

7. SEPTEMBER, 15 UHR
ALTER MARKT,
35037 MARBURG

7. SEPTEMBER, 18 UHR
KÖNIGSPLATZ,
34117 KASSEL

19. SEPTEMBER, 17 UHR
MARKTPLATZ,
64283 DARMSTADT

MOTIVIERT IN DIE HEISSE WAHLKAMPFFHASE

SPD HESSEN SETZT AUF VERANSTALTUNGEN VOR ORT

Umfragen entsprechen nicht mehr ganz dem Wahlergebnis – das haben wir am beeindruckendsten bei der Wahl in Rheinland-Pfalz gesehen: Nur wenige Tage, nicht Wochen, vor dem Wahlsonntag lag Malu Dreyer nicht vorne. „Deshalb lassen wir uns davon nicht beeinflussen“, stellte die Generalsekretärin Nancy Faeser bei einem Pressegespräch zu Beginn der heißen Phase des Bundestagswahlkampfes fest. „Martin Schulz kommt zu vier Großkundgebungen und

zwei weiteren Veranstaltungen nach Hessen. Thorsten Schäfer-Gümbel ist bei allen Wahlkreiskandidaten, teilweise mehrmals, vor Ort.“ Die Botschaft und die Ziele der SPD sind dabei ganz deutlich: Es geht darum, die Mittelschicht, die das Rückgrat unserer Gesellschaft bildet, zu entlasten – durch kostenfreie frühkindliche Bildung, durch bessere Schulen und durch ein gerechteres Steuersystem, das die Starken in die Pflicht nimmt und die Schwächeren unterstützt.

Fortsetzung auf Seite 2



Generalsekretärin Nancy Faeser läutet heiße Wahlkampfphase ein.

TERMINE ZUR BUNDESTAGS- WAHL

Unsere Kandidatinnen und Kandidaten sind mit prominenter Unterstützung in Hessen unterwegs. Die vollständige Übersicht gibt es auf spd-hessen.de/termine

8.9., 11 Uhr
Michael Roth und
Andrea Nahles in
Witzenhausen

9.9., 16:30 Uhr
**Thorsten Schäfer-
Gümbel** und
Michael Roth in
Heringen

13.9., 12 Uhr
Martin Schulz und
Christine Lambrecht
in **Heppenheim**

13.9., 19:30 Uhr
**Veranstaltung zum
Thema Sicherheit** mit
Bettina Müller und
Nancy Faeser

15.9., 15:30 Uhr
Matthias Körner und
Ralf Stegner in **Alsfeld**

17.9., 17:30 Uhr
Olaf Scholz und
**Thorsten Schäfer-
Gümbel** in **Gießen**

19.9., 14 Uhr
**Thorsten Schäfer-
Gümbel** und **Bettina
Müller** in **Ortenberg**

21.9., 19 Uhr
**Podiumsdiskussion zum
NSU-Untersuchungsaus-
schuss** mit **Nancy Faeser**
und **Timon Gremmels**
in **Kassel**

23.9., 10 Uhr
**Thorsten Schäfer-
Gümbel** und **Simon
Rottloff** in **Wiesbaden**

MOTIVIERT IN DIE HEISSE WAHLKAMPFPHASE

SPD HESSEN SETZT AUF VERANSTALTUNGEN VOR ORT

Fortsetzung von Seite 1

„Während die SPD die Leistungsträger, die hart arbeiten, ohne Reichtümer zu verdienen, und Familien mit Kindern entlasten will, hat die CDU Steuersenkungen für Reiche im Sinn. Die große Mehrheit in unserem Land profitiert von den Vorstellungen der CDU nicht“, erklärte Faeser. Während die SPD die Eltern beispielsweise vollständig von den Kita-Gebühren befreien wolle, könne sich die CDU nur zu einer symbolischen Kindergelderhöhung von 25 Euro durchringen. Zum Vergleich: Eine Familie im hessischen Kelkheim mit Kindern im Alter von zwei, drei und sieben Jahren spart allein durch die Abschaffung der Kita-Gebühren nach dem SPD-Modell 3.250 Euro im Jahr. Echte Entlastungen für Familien und Steuersenkungen für Reiche gingen nicht zusammen. Offenbar habe sich die CDU für Letzteres und gegen die

Familien entschieden, sagte Nancy Faeser. In den letzten Wochen vor der Wahl kommt es darauf an, mit vielen Bürgerinnen und Bürgern zu sprechen. „Viele Wählerinnen und Wähler sind noch unentschieden und entscheiden sich erst kurz vor dem Wahltermin, welcher Partei sie ihr Vertrauen schenken. Deshalb starten wir motiviert und optimistisch in die heiße Phase“, machte die Generalsekretärin deutlich. Neben klassischen Veranstaltungsformaten und Kundgebungen werden auch viele Genossinnen und Ge-



SPD will mit Kernthemen wie Bildung, Rente und Entlastung von Familien punkten.

nossen beim Tür-zu-Tür-Wahlkampf eingebunden sein. In Hessen sind flächendeckend im Vorfeld der Bundestagswahl ca. 200 Termine von Wahlkreiskandidatinnen und Wahlkreiskandidaten sowie Vertretern der bundesweiten SPD-Spitze geplant. ■

HESSISCHE SPD WIRBT FÜR KOSTENLOSE BILDUNG VON ANFANG AN

SCHULSTART- UND KITA-AKTIONEN IN HESSEN

Es ist die erste Schulwoche in Hessen. Für viele Kinder geht es wieder los, andere fiebern der Einschulung entgegen. Nicht erst seit diesem Jahr nutzen die Genossinnen und Genossen diese Tage für ihre Schulstartaktionen. Dabei verteilen sie Äpfel, Brotdosen, Buntstifte, Reflektoren, Malkreide und Flyer rund um das Thema gebührenfreie Bildung. Neu ist aber, dass nun ebenfalls Kindertagesstätten in die Aktion eingebunden werden. Die Forderung: Gebührenfreie Kitas. „Bildung ist der Schlüssel zu unserer Gesellschaft. Gute Bildung – unabhängig vom Geldbeutel – ist die Grundlage für den Wohlstand unseres

Landes“, weiß die Hofheimer Bürgermeisterin und stellvertretende Landesvorsitzende Gisela Stang. „Wir können es uns angesichts des Fachkräftemangels einfach nicht mehr leisten, auch nur ein Kind nicht optimal zu fördern“, erklärt Stang mit Nachdruck. Ihr sind deshalb Aktionen rund um den Schulanfang in Hessen besonders wichtig. Äpfel und Brotdosen werden nicht nur in Hofheim verteilt, was das Zeug hält – hessenweit beteiligen sich Ortsvereine und Bundestagskandidatinnen und -kandidaten. Mit dabei bei den Verteilaktionen waren auch immer die Schulstart- und Kita-Flyer der hessischen SPD. „Das lässt sich wunder-



Nancy Faeser und Bundestagskandidatin Dr. Ilja-Kristin Seewald bei der Kita-Aktion.

bar mit der Forderung von Martin Schulz nach gebührenfreier Bildung vereinen“, erklärt Generalsekretärin Nancy Faeser. Sie selbst ist auch Ortsvereinsvorsitzende in Schwalbach und führt seit Jahren selbst Aktionen rund um den Schulanfang durch. „Wir in Hessen kämpfen schon sehr lange dafür, dass Bildung von Anfang an gebührenfrei ist und werden das auch weiterhin tun.“ Dass Bildung gebührenfrei sein soll, ist, und schon lange, eine sozialdemokratische Forderung. Es braucht aber ein Verständnis in der Bevölkerung, dass Kitas nicht nur ein Ort der Betreuung, sondern eine Bildungsinstitution sind, die genauso wie Schulen und Universitäten keine finanzielle Belastung für Familien sein dürfen. ■



Hessenweit machten Genossinnen und Genossen während der ersten Schulwoche auf die bildungspolitischen Ziele der SPD aufmerksam.

10 NEUE KANDIDATEN FÜR HESSEN

DIE HESSISCHEN WAHLKREIS-KANDIDATEN ZUR BUNDESTAGSWAHL

Am 24. September geht es für 22 hessische Wahlkreiskandidatinnen und -kandidaten darum, in den Bundestag einzuziehen. Zehn von ihnen haben bisher kein Bundestagsmandat. Was sind ihre Ziele, ihre Motivation, in den Bundestag einzuziehen? Der Vorwärts hat mit den „neuen“ Kandidatinnen und Kandidaten gesprochen.

„Wir brauchen ein Bildungssystem, das den sozialen Aufstieg ermöglicht und Arbeit, die Sicherheit bietet“, erklärt Natalie Pawlik, die neue Wahlkreiskandidatin aus der Wetterau (I). Auch die Bürgermeisterin Christel Sprößler will ihre Erfahrungen für Darmstadt in Berlin einbringen: „Ich möchte glaubwürdig dafür werben und eintreten, dass unser Gemeinwesen funktionieren muss, damit wir uns sicher und gut aufgehoben fühlen, und dass hierfür eine adäquate finanzielle Ausstattung vom Bund notwendig ist.“ Im Wahlkreis Kassel gibt es ebenfalls einen neuen Kandidaten. Leib- und Magenthema des Landtagsabgeordneten Timon Gremmels ist die Energiepolitik. „Die Weichen für die Energiewende werden in Berlin gestellt. Ich will ihr zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern, Kommunen und Stadtwerken neuen Schwung geben“, erklärt Gremmels dem Vorwärts. Die meisten Kandidatinnen und Kandidaten sind vor Ort viel unterwegs, sprechen mit den Bürgerinnen und Bürgern und nehmen ihre Anliegen auf, um sie in ihrem Interesse im Bundestag vertreten zu können. „Eine große Anzahl der Kreisbevölkerung fühlt sich abgehängt und ist enttäuscht von der Politik. Das will ich ändern, indem ich partnerschaftlich, auf Augenhöhe mit meinen Mitbürgerinnen und Mitbürgern im Kreis ins Gespräch komme und wir gemeinsam dafür arbeiten, dass es allen



Unsere 22 Wahlkreiskandidatinnen und -kandidaten für die Bundestagswahl am 24. September.

Menschen im Kreis Groß-Gerau etwas besser geht“, beschreibt Jan Deboy (Groß-Gerau) seine Motivation. Ganz ähnliche Anliegen hat Esther Dilcher. „Für meinen ländlich geprägten Wahlkreis sind mir besonders wichtig: Ausbau und Erhalt der Infrastruktur, Schulen, Betreuungseinrichtungen für Jung und Alt, Straßen, Schienen, Internet, angemessen und gerecht bezahlte Arbeits- und Ausbildungsplätze, damit auch die Rente gesichert ist“, erklärt die Kandidatin für Waldeck.

Sie alle kämpfen gemeinsam mit den bereits im Bundestag vertretenden hessischen Kandidatinnen und Kandidaten für den Wechsel: „Es ist Zeit“, erklärt Dr. Ilja-Kristin Seewald (Main-Taunus-Kreis). „Auch im Taunus nimmt die Zahl derjenigen, die unzureichend abgesichert sind, sich keine Wohnung leisten können, immer weiter zu. Im Bundestag werde ich mich dafür einsetzen, Deutschlands wirtschaftlichen Erfolg langfristig zu sichern und gerechter zu verteilen“, macht sie deutlich. Neben der Zeit für den Wechsel ist auch Zeit für mehr Zusammenhalt in der Gesellschaft, findet Tuna Firat, der

für den Wahlkreis Offenbach kandidiert: „Gerade im sozialen Bereich entscheidet jeder bestehende finanzielle Mangel darüber, ob unser Gemeinwesen überhaupt funktioniert. Dazu zählen ausreichende Kitaplätze und soziale Begegnungsstätten für alle Generationen.“ Für den Wahlkreis Gießen tritt der Gewerkschaftler Matthias Körner an. Ihm sind besondere Anliegen die Themen rund um den Arbeitsmarkt: „Dass ein nach Tarif bezahlter Job, ohne Befristung, ohne Leiharbeits- oder Werkvertragsfirma im Hintergrund, wieder zum Normalarbeitsverhältnis wird.“ Auch die Landeshauptstadt schickt einen Wahlkreiskandidaten ins Rennen, der bislang kein Bundestagsmandat hat. „Ich stehe für ein soziales Wiesbaden: Für den Ausbau der Kinderbetreuung, bezahlbaren Wohnraum und ernst gemeinte Bürgerbeteiligung“, erklärt Simon Rottloff. Dr. Oliver Strank will für Frankfurt das Direktmandat holen. Er kämpft für eines der Kernthemen hessischer Metropolen: bezahlbaren Wohnraum. „Außerdem will ich das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern“, sagt der Frankfurter. ■

DIREKTWAHLEN IN HESSEN

03.09.2017:

Thomas Schell will Bürgermeister in Biebesheim am Rhein bleiben.

Dr. Klaus-Dieter Rack will neuer Bürgermeister von Friedberg werden.

10.09.2017:

Dr. Felix Schwenke will neuer Oberbürgermeister von Offenbach werden.

24.09.2017:

Julian Schweitzer will neuer Bürgermeister von Bad Endbach werden.

Michael Borke will neuer Bürgermeister in Biebertal werden.

Markus Hennemann will neuer Bürgermeister von Bickenbach werden.

Simon Schüler will neuer Landrat in Fulda werden.

Georg Mahr will neuer Bürgermeister von Geisenheim werden.

Kerstin Schüler will neue Bürgermeisterin von Gelnhausen werden.

Michael Goßmann will neuer Bürgermeister von Großalmerode werden.

Alexander Köhler will neuer Bürgermeister in Haina werden.

UNTERWEGS IN HESSEN

THORSTEN SCHÄFER-GÜMBEL BEI DEN BUNDESTAGSKANDIDATEN

Es ist Mitte August. Das Wetter ist schlecht. Die heiße Wahlkampfphase in Hessen hat begonnen, und die Aktionen vor Ort werden von grauem Nass begleitet. „Das heißt für uns: Planänderung“, erklärt Bundestagskandidat Jan Deboy. Es ist der Tag, an dem Landeschef Thorsten Schäfer-Gümbel nach Groß-Gerau kommen soll. Deboy wollte die Zeit nutzen, um Haustürbesuche mit prominenter Unterstützung zu machen. „Das Gebiet, das wir ausgesucht haben, besteht aber hauptsächlich aus Einfamilienhäusern. Da hat bei dem Wetter keiner Lust, mit uns vor der Haustür zu sprechen“, sagt der Wahl-

kreiskandidat und plant kurzerhand um. Es wird ein Unternehmengespräch bei einem ortsansässigen Bauunternehmen, zu dem ihn der Landeschef begleitet. Hier werden Themen wie Bildungspolitik und die Gefahr des sozialen Unfriedens diskutiert. Thorsten Schäfer-Gümbel erläutert das Steuerprogramm der SPD.

Es sind diese Termine, die den Wahlkampf vor Ort prägen. Mit den Menschen ins Gespräch kommen, egal wo, egal wie: Immer wieder die Kernthemen der SPD ansprechen und vor allem die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger aufnehmen. „Die Bedeutung solcher Termine vor Ort kann



Thorsten Schäfer-Gümbel unterstützt Kandidaten in Hessen.

nicht oft genug betont werden. Da fahre ich gerne hin und begleite und unterstütze die örtlichen Kandidatinnen und -kandidaten so gut ich kann“, erklärt Schäfer-Gümbel. Es sind allein 51 geplante Termine in Hessen, die Thorsten Schäfer-Gümbel bis zum 24. September wahrnimmt und begleitet. Und es kommen immer noch ein paar hinzu. Im Wahlkampf ist man eben unterwegs, und der Landeschef ist das gerne. ■

**DIREKTWAHLEN
IN HESSEN
AM
24. SEPTEMBER**

Karl-Heinz Amos
will neuer Bürgermeister
in Höchst werden.

Winfried Steinmacher
will Bürgermeister in
Kiedrich bleiben.

Helmut Wettlaufer
will neuer Bürger-
meister von Knüllwald
werden.

Mario Gerhold will
Bürgermeister in Körle
bleiben.

Silke Interthal will
neue Bürgermeisterin
von Leun werden.

Matthias Weitzel
will Bürgermeister in
Mücke bleiben.

Dr. Philipp Rottwilm
will Bürgermeister in
Neuental werden.

Klaus Büttner
will Bürgermeister
von Niederdorfelden
bleiben.

Gunter Müller will
neuer Bürgermeister
von Schenklingfeld
werden.

Susanne Schaab
will Bürgermeisterin in
Schotten bleiben.

Christian Somogyi
will Bürgermeister in
Stadtallendorf bleiben.

Manfred Görig
will Landrat im Vogels-
bergkreis bleiben.

Stefan Reuß will
Landrat im Werra-
Meißner-Kreis bleiben.

Markus Keil will
neuer Bürgermeister in
Witzenhausen werden.

AM 24.09. WIRD ES AUCH IN HESSEN SPANNEND

Parallel zur Bundestagswahl stellen sich in Hessen auch 20 Direktkandidaten zur Wahl als Bürgermeisterinnen und Bürgermeister oder als Landrätinnen und Landräte. „Wir können den Wählerinnen und Wählern eine breite Palette sehr guter Kandidatinnen und Kandidaten anbieten“, so Nancy Faeser, Generalsekretärin der hessischen SPD. „Wir haben einige amtierende Bürgermeister und Landräte, welche sich nach erfolgreichen Amtsjahren wieder zur Wahl stellen, aber auch frische Gesichter.“

Der jüngste Kandidat ist Julian Schweitzer mit 25 Jahren, Bürgermeisterkandidat in Bad Endbach im Landkreis Marburg-Biedenkopf. Der erfahrenste Direktkandidat ist Mario Gerhold, er leitet seit seiner Wahl 1999 die Geschicke in Körle im Schwalm-Eder-Kreis.

POLITIK BRAUCHT FRAUEN

MENTORINGPROGRAMM 2017/18

Unter dem Motto „Politik braucht Frauen“ ist das nunmehr zweite Mentoringprogramm der SPD Hessen gestartet. 17 der insgesamt 25 Mentees waren zu einem ersten Treffen am 14. Juli in die Stadthalle nach Hofheim gekommen. Begrüßt wurden sie durch die stellvertretende Vorsitzende der SPD Hessen und Bürgermeisterin der Stadt, Gisela Stang, und die Bundestagskandidatin für den Wahlkreis Hofheim, Dr. Ilja-Kristin Seewald. Für viele bot dieses Treffen die erste Möglichkeit, sich über

ähnliche Erfahrungen mit der (kommunalen) politischen Arbeit auszutauschen. Die Teilnehmerinnen konnten Fragen stellen, die ihnen besonders wichtig sind, und einen ersten Eindruck von den anderen gewinnen. Die bunt gemischte Gruppe wird zwei Jahre lang in regelmäßigen Abständen immer wieder zusammenkommen. Im Mittelpunkt des Programms steht jedoch die Arbeit mit den jeweiligen Mentorinnen. Das Ziel: die eigene politische Laufbahn planen und weiterentwickeln. Die Aufgabe der Mentorinnen, die Abgeordnete aus Bund, Land und Kommunen sind, ist es, die Frauen auf diesem Weg zu begleiten. Schon während des ersten Treffens wurde deutlich, wie groß der Bedarf an Austausch untereinander ist. Denn noch immer sind Frauen nicht gleichermaßen wie Männer in der Politik vertreten. Die SPD Hessen setzt sich mit der Fortsetzung dieses Programms dafür ein, Frauen in der Politik zu fördern. ■



Die Teilnehmerinnen des Mentoringprogramms 2017/18 freuen sich auf die gemeinsame Arbeit.

ZUKUNFT EUROPAS KOMMT VON UNTEN

DISKUSSIONSVERANSTALTUNG MIT GESINE SCHWAN IN WIESBADEN

Die Zukunft Europas kommt von unten“ war Name und Appell einer Diskussionsveranstaltung mit Prof. Dr. Gesine Schwan, Vorsitzende der SPD-Grundwertekommission, am 26.

Juni im Hessischen Landtag in Wiesbaden. Rund 100 Besucherinnen und Besucher folgten dem Vortrag der Verfechterin internationaler Zusammenarbeit über die Rolle von Kommunen, Zivilge-

sellschaft und Unternehmen in Europa. Im Anschluss diskutierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer gemeinsam mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der SPD Hessen, Gernot Grumbach, und Generalsekretärin Nancy Faeser mit der vielfach ausgezeichneten Politikerin und Wissenschaftlerin über Chancen und Möglichkeiten der Europäischen Union.

Gesine Schwan machte sich in ihren Beiträgen dafür stark, dass zivilgesellschaftliches und kommunales Engagement in Europa der Antrieb der Veränderung und die Zukunft Europas sei. Oft ergeben sich Chancen der Toleranz und des sozialen Miteinanders nicht nur auf nationaler Ebene, sondern werden direkt vor Ort gelebt und entwickelt. Deswegen sei es notwendig, dass Europa zukünftig stärker Kommunen und zivilgesellschaftliche Gruppen einbinde. „Dann können wir auch davon sprechen, dass die Zukunft Europas von unten kommt“, machte Schwan deutlich. Zum Abschluss bedankten sich die Vertreter der SPD Hessen bei der ehemaligen Präsidentin der Europa-University Viadrina in Frankfurt/Oder für einen inspirierenden und diskussionsfreudigen Abend. ■



Gesine Schwan: „Europa muss künftig Kommunen und zivilgesellschaftliche Gruppen stärker einbinden.“

SETZEN, SECHS! HESSEN KLASSENLETZTER

Zu Beginn des neuen Schuljahres hat die SPD-Fraktion der amtierenden Landesregierung in der Bildungspolitik ein schlechtes Zeugnis ausgestellt. Der bildungspolitische Sprecher Christoph Degen stellte fest, dass das Land in nahezu allen Vergleichsstudien schlecht abschneide. Hessen sei bundesweit Schlusslicht bei der Inklusion und auch beim Ganztagschulenausbau abgeschlagen. Zudem verschärfe sich der Lehrermangel weiter, ohne dass die schwarz-grüne Landesregierung gegensteuere. „Kultusminister Lorz schleicht mit angezogener Handbremse durchs Land und blinkt immerzu, ohne endlich einmal die richtige Ausfahrt zu nehmen. Unterdessen wird Hessen von allen anderen Bundesländern überholt“, so der Bildungsexperte.

„An vielen Schulen fehlen Lehrkräfte, weil die Landesregierung die Aus- und Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer in den zurückliegenden Jahren sträflich vernachlässigt hat. Dadurch ist die Qualität des Unterrichts massiv gefährdet. Verzweifelt bettelt das Ministerium längst



FOTO: MARTINA HÄUSL-DAVID

Stellte der schwarz-grünen Landesregierung ein schlechtes Zeugnis aus: Christoph Degen, MdL und bildungspolitischer Sprecher.

pensionierte Lehrkräfte an, doch wenigstens für ein paar Stunden in der Woche in den Dienst zurückzukehren“, kritisierte Degen. Dabei seien die Schülerzahlen gut planbar – immerhin habe das Land von der Geburt eines Kindes bis zu dessen Einschulung rund sechs Jahre Zeit, sich darauf einzustellen. Auch bei den Arbeitsbedingungen übte der SPD-Abgeordnete Kritik. „In Hessen verschlechtern sich die Rah-

menbedingungen für guten Unterricht permanent. Die Überlastungsanzeigen von Schulkollegien brechen nicht ab. Für zusätzliche zeitintensive Aufgaben – zum Beispiel die inklusive Beschulung, schulische und außerschulische Kooperationen oder ganztägigen Unterricht – gibt es weiter keine Entlastung. Die Zahl der befristeten Beschäftigungsverhältnisse unter den Lehrerinnen und Lehrern steigt. Das Land Hessen hat vor den Sommerferien die Verträge von rund 1.000 Lehrkräften auslaufen lassen und diese in die Arbeitslosigkeit geschickt – nur, um sie zum Schuljahresbeginn wiederum befristet einzustellen“, sagte Degen. Zudem hechle der Ganztagsausbau dem ständig steigenden Bedarf hinterher. Lediglich vier von zehn Grundschülerinnen und Grundschulern hätten einen Betreuungsplatz nach dem Unterricht – und das in der Regel auch nur an drei Tagen in der Woche. Auch an den weiterführenden Schulen biete die Landesregierung nachmittags lediglich die Aufbewahrung der Kinder und Jugendlichen an. Der sogenannte Pakt für den Nachmittag sei ein Flop. Während in anderen Bundesländern in der Ganztagschule auch ganztägig unterrichtet werde, begnüge sich Hessen damit, mehr oder weniger qualifizierte Aufseher abzustellen. „In keinem Land werden zudem so wenige Kinder inklusiv beschult wie in Hessen. Die CDU-geführten Landesregierungen haben es systematisch unterlassen, die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Inklusion zu schaffen. Man bildet kein Lehrpersonal aus und stellt keine Mittel zur Verfügung“, so der SPD-Politiker. Das Programm „Integration und Abschluss“ war einmal das hehre Ziel des Landesprogramms „InteA“. Statt von Abschluss spricht Schwarz-Grün nur noch von „Anschluss“. Ein Schulabschluss nach nur zwei Jahren kann für die meisten Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger nicht erreicht werden“, übte Degen Kritik. ■



GRAFIK: GERT-UWE MENDE

SO KNIRSCHT SCHWARZ-GRÜN

Als „schwarz-grüne Farce“ sieht der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion die Vorgänge um das geplante und nunmehr angeblich auf Eis gelegte Buchprojekt „So geht Schwarz-Grün“ von Volker Bouffier und Tarek Al-Wazir. „Es beschleicht einen das Gefühl, es ist dem Ministerpräsidenten und seinem Stellvertreter ziemlich peinlich, dass ihre geplante schwarz-grüne Lobhudelei bekannt geworden ist“, sagte Günter Rudolph. Sie hätten wohl kalte Füße bekommen und seien von der Planung abgerückt, ein schwarz-grünes Manifest vor der Bundestagswahl zu veröffentlichen. Mo-

mentan wäre der Buchtitel „So knirscht Schwarz-Grün“ allerdings treffender. Abenteuerlich seien die Ausflüchte der Sprecher von Bouffier und Al-Wazir. „Die tun gerade so, als wäre das Buchprojekt ein Phantom. Es wurde seit Frühjahr 2017 auf den einschlägigen Seiten – zum Beispiel Amazon – mit dem Erscheinungsdatum 18. August angekündigt. Die Autoren wurden ebenso benannt wie die zentralen Themen des Buches und der Umfang von 178 Seiten. Auch das Titelbild war fertig. Jetzt dem Verlag den schwarz-grünen Peter zuzuschieben, ist schon ziemlich durchsichtig“, sagte der Parlamentarische Geschäftsführer. ■



Günter Rudolph, MdL

FOTO: SPD-LANDTAGSFRAKTION

BILDUNGSPOLITIK UNTER SCHWARZ-GRÜN:

- Lehrermangel spitzt sich zu
- Arbeitsbedingungen verschlechtern sich
- Schulische Inklusion kommt nicht voran
- Ganztagsausbau reicht nicht aus
- Landesprogramm InteA verfehlt sein ursprüngliches Ziel

VERBRAUCHER VOR ACRYLAMID SCHÜTZEN

Die verbraucherpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Angelika Löber, hat eine rechtlich verbindliche Obergrenze für Acrylamid in Lebensmitteln gefordert. Acrylamid stehe im Verdacht, Krebs zu erzeugen, und finde sich in kleinen Mengen in allem, was geröstet, gebacken und frittiert sei. Tierversuche hätten bestätigt, dass die Gefahr einer Krebserkrankung durch den Stoff bestehe. „Das sieht jetzt auch das Europäische Parlament in Brüssel so und verschärft deshalb die Auflagen für die Gastronomie und Nahrungsmittelhersteller. Das neue Regelwerk soll 2019 in Kraft treten. Darin wird Nahrungsmittelherstellern deutlich gemacht, wie sie ihre Speisen zubereiten sollen, wie beispielsweise Kartoffeln und Mehl verarbeitet werden sollen, damit die Entstehung von Acrylamid gedrosselt wird“, so Löber. Der Schutz der Verbraucher könne nur durch sofortige radikale Grenzen gewährleistet werden. ■

RENTENLÜCKE SCHLIESSEN

Immer noch gibt es gravierende Unterschiede bei der Altersversorgung von Männern und Frauen. „Frauen erhalten aktuell durchschnittlich knapp 60 Prozent weniger Rente als Männer durch eigenständig erworbene Ansprüche. Familienbedingte Erwerbsunterbrechungen für Kindererziehung, Bildungsbegleitung oder Pflege von Angehörigen sind dafür die Ursachen. Insbesondere fällt auch die nach wie vor unterschiedliche Bezahlung zwischen Frauen und Männern ins Gewicht“, sagte die frauenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Lisa Gnadl. Hinzu kämen familienbedingte Arbeitszeitreduzierungen, schlechtere berufliche Perspektiven und Karriereoptionen sowie die unterschiedliche Bezahlung zwischen Frauen und Männern zum Tragen. „Um die Rentenlücke zu schließen, benötigen wir eine gleiche Bezahlung, gleiche Karrierechancen und gleiche Verteilung der Familienaufgaben auf Männer und Frauen“, forderte Gnadl. ■



Lisa Gnadl, Mdl.

FOTO: SPD-LANDTAGSFRAKTION

KRISE BEI DEN KOMMUNALFINANZEN

Als „alarmierend“ für Hessen hat der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Thorsten Schäfer-Gümbel, den kürzlich veröffentlichten Kommunalen Finanzreport der Bertelsmannstiftung bezeichnet. „Schwarz-Grün macht Hessen zur ‚Krisenregion der Kommunalfinanzien‘. Das ist ein dramatischer Befund. Er belegt abermals die Kommunalfeindlichkeit der Landesregierung. Die dauerhafte Investitionsschwäche der hessischen Kommunen gefährdet Infrastruktur und Standortqualität“, so Schäfer-Gümbel. Seit Regierungsübernahme der CDU im Jahr 1999 habe sich die finanzielle Situation der hessischen Kommunen massiv verschlechtert. Die CDU habe die gute Position der hessischen Kommunen massiv geschwächt. Leider habe auch der grüne Koalitionspartner keinen Richtungswechsel durchgesetzt. „Hessens Bürgerinnen und Bürger zahlen die Zeche für schwarz-grüne Kommunalfeindlichkeit in Form von



GRAFIK: GERT-LUWE MENDE

höheren Gebühren, steigenden Steuern, schlechteren Angeboten und Infrastruktur“, kritisierte Schäfer-Gümbel. Schwarz-Grün habe die Kommunen faktisch dazu gezwungen, die Bürgerinnen und Bürger immer stärker zu belasten. Die Kommunalsteuern und die Gebühren seien auf breiter Front gestiegen, gleichzeitig die Investitionen gesunken. Kern des Problems sei die Unterfinanzie-

rung der Kommunen durch das Land, die mit der Neufassung des Kommunalen Finanzausgleichs durch Schwarz-Grün noch verschärft worden sei. Angebliche Wohltaten wie den „Schutzschirm“ oder die „Hessenkasse“ seien vor allem ein „Griff in die PR-Trickkiste“. Tatsächlich gebe das Land den Kommunen nur einen Bruchteil von dem Geld zurück, das es ihnen vorher entzogen habe. ■

HESSEN VON MORGEN IM MITTELPUNKT

Die diesjährige Informationsreise des SPD-Fraktionsvorsitzenden Thorsten Schäfer-Gümbel stand im Zeichen der Themen Verkehr, Mobilität und Digitalisierung. „Ich habe bei den Terminen spannende und informative Begegnungen mit Menschen gehabt, die am Hessen von morgen arbeiten. Sie alle eint Mut, Kreativität und Stärke, um nach vorne zu denken und erfolgreich zu gestalten“, sagte Schäfer-Gümbel im Anschluss an die Reise. ■



Ebenfalls in Frankfurt sprach Thorsten Schäfer-Gümbel im TechQuartier, dem jüngsten und größten Frankfurter Start-up-Zentrum, mit Akteuren über die Chancen der Digitalisierung.



Im Umschlaglager des Unternehmens United Parcel Service UPS in Frankfurt stand das Thema der Umstellung auf einen emissionsfreien Lieferverkehr im Mittelpunkt.



Die Perspektiven einer modernen, ökologischen Mobilität wurden beim Besuch des Nordhessischen Verkehrsverbundes erläutert und in die Praxis umgesetzt.

FOTOS: SAMIRA BOUCHOUAF

LANDGESTÜT GERETTET!

Stephan Grüger, der SPD-Landtagsabgeordnete aus dem Lahn-Dill-Kreis, hat die Entscheidung begrüßt, dass die schwarz-grüne Landesregierung die Schließung des Landgestüts in Dillenburg revidiert hat. Es sei gut, dass man eine Lösung gefunden habe, die den Fortbestand des historischen Gestüts sichert. Bedauerlich sei allerdings, dass die Hengsthaltung aufgegeben werden soll, wodurch ein wesentliches Merkmal des Landgestüts verloren gehe. „Eine jahrhundertealte Traditionseinrichtung, die für Dillenburg wichtig und weit über Hessen hinaus bekannt ist, bleibt erhalten. Trotzdem sollten wir nicht vergessen, dass Ministerin Hinz ein Problem gelöst hat, das es ohne sie gar nicht gegeben hätte: Die emotionalen Diskussionen der letzten Wochen waren vollkommen überflüssig, weil der Kompromiss so nah lag. Ich hätte es sehr begrüßt, wenn man erst die Lösung gesucht und dann entschieden hätte, statt erst zu entscheiden und dann zurückzurudern“, sagte Grüger. Die verhinderte Schließung sei auch ein Erfolg der vielen Bürgerinnen und Bürger, die sich gemeinsam mit Unterschriftenlisten, Petitionen, Demonstrationen und anderen Aktivitäten für den

Erhalt des Landgestüts eingesetzt haben. „Man hätte allen Beteiligten viel Ärger erspart. Einen politischen Schönheitspreis wird die Ministerin für diese Angelegenheit jedenfalls nicht bekommen. Das hes-

sische Landgestüt gehört zum kulturhistorischen Erbe unseres Landes und muss daher zukünftig von der Landesregierung auch so behandelt werden“, sagte der SPD-Abgeordnete. ■



Die Schließungspläne der schwarz-grünen Landesregierung für das Landgestüt in Dillenburg sind nun vom Tisch.

FOTO: THOMAS DAMM

AUSBILDUNGSSITUATION VERBESSERUNGSBEDÜRFTIG

Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende und rechtspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Heike Hofmann, hat die grundsätzliche Situation der Rechtsreferendare in Hessen als verbesserungsbedürftig bezeichnet. „Wir kritisieren, dass die schwarz-grüne Landesregierung das Informationsangebot zur Onlinerecherche nicht umfassend zur Verfügung stellt. Teile der Recherchemöglichkeiten werden durch den Deutschen Anwaltverein (DAV) ehrenamtlich gewährleistet. Das Angebot der Landesregierung ist hier unserer Auffassung nach unzureichend“, so die SPD-Abgeordnete. Nicht nachvollziehbar sei zudem, dass für die Zivil- und Strafstation der Rechtsreferendare keine eigenen Unterlagen zur Verfügung gestellt werden. „Damit würden die Rechtsreferendare in ihrer Ausbildung unterstützt. Es ist nicht nachvollziehbar, warum die Landesregierung sich dagegen sperrt“, so Hofmann. ■



Heike Hofmann, MdB

FOTO: SPD-LANDTAGSFRAKTION

AFFÄRE WEYLAND

Unzufrieden hat sich Günter Rudolph, der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, mit den Auskünften der Landesregierung zur Affäre Weyland gezeigt: „Schwarz-Grün ist nach wie vor entschlossen, das Ausscheiden von Frau Staatssekretärin Weyland aus dem Amt auf die denkbar teuerste Art zu gestalten: Man versetzt Frau Weyland in den einstweiligen Ruhestand.“ Weyland, die Oberbürgermeisterin der Stadt Frankfurt am Main werden möchte, hatte bei der Bekanntgabe ihrer Kandidatur angekündigt, als Staatssekretärin zurückzutreten, um sich dem OB-Wahlkampf widmen zu können. Tatsächlich aber wolle die Spitzenbeamtin nicht aus dem Beamtenverhältnis ausscheiden, sondern lasse sich in den sogenannten einstweiligen Ruhestand versetzen – ein Instrument, das üblicherweise nur angewandt werde, wenn das Vertrauensver-



Dr. Bernadette Weyland

FOTO: HMD/F/SABRINA FEIGE

hältnis zu einem politischen Beamten gestört sei. „Für die Versetzung in den einstweiligen Ruhestand braucht es politische Gründe. Und der Wunsch, sich zu trennen, muss vom Dienstherrn ausgehen, also vom Land Hessen. Frau Staatssekretärin Weyland will ihr derzeitiges Amt aber aus persönlichen Gründen und aus eigenem Antrieb aufgeben. In diesem Fall müsste sie um die Entlassung aus dem Beamtenverhältnis bitten. Dann müssten die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in Hessen die politischen Ambitionen von Frau Weyland auch nicht mit einem Übergangsgeld und einer lebenslangen Versorgung finanzieren“, stellte Günter Rudolph fest. Dass die Landesregierung versuche, den Eindruck zu erwecken, der luxuriöse Ruhestand der Staatssekretärin sei alternativlos gewesen, grenze an politische Rosstäuscherei. Frau Weyland erhalte nach der Versetzung in den einstweiligen Ruhestand zunächst für drei Monate die vollen Bezüge nach Besoldungsgruppe B9, also 10.767,98 Euro im Monat. Anschließend stehen ihr für 36 Monate 71,75 Prozent dieses Betrags zu und danach bis zum Lebensende 35 Prozent. ■

PERSONALNOTSTAND BEI DER POLIZEI

Die SPD-Fraktion sieht einen Personalnotstand in den kommenden Jahren auf die hessische Polizei zukommen und teilt damit Befürchtungen der Gewerkschaft der Polizei (GdP). Die GdP hat eindringlich darauf hingewiesen, dass in den nächsten Jahren eine regelrechte Ruhestandswelle anlaufen wird. Dadurch drohe ein eklatanter Personalmangel. „Die Zahlen der GdP sind alarmierend. Wenn in kurzer Zeit jeder fünfte Polizist aus dem Dienst ausscheiden wird, steht die Handlungsfähigkeit des Rechtsstaates auf der Kippe. Da geht es nicht um Lappalien, sondern um die Frage, ob Straftaten noch aufgeklärt und geahndet werden. Auf Dauer wird das ein Problem für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger“, sagte die innenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Nancy Faeser. Nach Auffassung von Faeser sind die kommende Pensionierungswelle und die daraus folgende Personalknappheit eine Folge CDU-dominiertes Innenpolitik. ■



Nancy Faeser, MdB

FOTO: SPD-LANDTAGSFRAKTION

LANDES- PFLEGEPLAN GEFORDERT

Nach Ansicht der gesundheits- und pflegepolitischen Sprecherin der SPD-Fraktion, Dr. Daniela Sommer, benötigt Hessen einen Landespflegeplan. Sommer forderte die Landesregierung auf, gemeinsam mit den Pflegekassen ihrer zentralen Planungs- und Koordinierungsfunktion gerecht zu werden und eine leistungsfähige, zahlenmäßig ausreichende und wirtschaftliche Versorgungsstruktur in der Pflege vorzuhalten. Sommer sagte dazu: „Das Ziel muss darin liegen, dass eine Strategie der Pflegevermeidung und eine koordinierte Bedarfs- und Angebotsplanung der Altenhilfe und Altenpflege sowie eine Versorgungsstruktur für Pflegebedürftige entwickelt wird.“ In den nächsten Jahren werde das deutsche Gesundheitssystem aufgrund gesellschaftlicher, demografischer und medizinisch-pflegerischer Entwicklungen mit einem zunehmenden Pflegebedarf konfrontiert werden. Mit der Zahl von pflegebedürftigen Menschen mit unterschiedlichsten Anforderungen werde auch die Zahl der Pflegekräfte stark zunehmen müssen. „Damit sich das Land Hessen frühzeitig auf demografische Entwicklungen und die Konsequenzen, die sich daraus im Bereich Pflege ergeben, vorbereitet, benötigen wir einen entsprechenden Plan“, forderte Sommer. ■



Dr. Daniela Sommer, Mdl

FOTO: SPD-LANDTAGSFRAKTION

JUGEND HEUTE



FOTOS: MARTINA HÄUSL-DAVID

Unter dem Motto „Jugend heute: Wie gestalten wir unsere Zukunft?“ fand eine Veranstaltung der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag in Wiesbaden statt. Die Themen reichten von Alltagsstress über digitale Medien bis zu mehr Beteiligung von Jugendlichen. Abgeordnete diskutierten in kleinen Gruppen mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern.

FAMILIENTAG IN FRITZLAR



FOTOS: MARTINA HÄUSL-DAVID

Auch beim diesjährigen hessischen Familientag in Fritzlar war die SPD-Fraktion traditionell mit einem Stand vertreten. Das Thema der gebührenfreien Kitas stand dabei im Mittelpunkt der Gespräche mit den zahlreichen Besucherinnen und Besuchern.

UMSTRITTENE AUFTRAGSVERGABE

Als „nicht überzeugend“ hat der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Tobias Eckert, die Beantwortung der Landesregierung zur Auftragsvergabe von Schulungen im Wirtschaftsministerium an die den Grünen nahestehende Agentur Green Campus, die zur Böll-Stiftung gehört, bezeichnet. „Die Vorwürfe, die erhoben wurden, konnten nicht überzeugend entkräftet werden. Wir finden es bemerkenswert, dass das Fachreferat im Ministerium allein dafür die Verantwortung tragen soll, welche Akademien für Schulungen für das gesamte Ministerium ausgesucht werden und die Hausspitze davon vorab überhaupt keine Kenntnis und auch keinerlei Einfluss genommen hat. Es ist außerdem politisch mehr als ungeschickt, wenn die grüne Hausspitze des Wirtschaftsministeriums ihre Aufträge an parteinahe Akademien vergibt. Wenn der Verdacht des Filzes nicht zutrifft, wie Minister Al-Wazir sagt, muss aber die Frage erlaubt sein, ob man hier von politischer Naivität der Hausspitze sprechen kann“, sagte der SPD-Abgeordnete. Die Kosten der Schulungen und Trainings lägen zudem weit über den marktüblichen Preisen. Dies sei ist mehr als seltsam

und trage nicht dazu bei, den Vorwurf von Gefälligkeiten unter Parteifreunden zu entkräften. „Minister Al-Wazir hat ausgeführt, dass der Hausspitze vor allem das Diversitätsthema in den Schulungen ein Anliegen war. Nach der Beantwortung im Ausschuss kann man getrost davon sprechen, dass dieses Argument als Scheinargument gilt und nun als untauglicher Erklärungsversuch des Ministers erhalten muss. Es legt jedoch wieder den Verdacht nahe, dass es hier um Gefälligkeiten gegangen ist. Das angebliche Bemühen um eine Personalentwicklung widerlegt der Minister durch sein Handeln mit diversen Affären und Skandalen rund um Regelurteilungen, Abteilungsleiterposten und Ähnlichem mehr seit seinem Amtsantritt eindrucksvoll jedes Mal aufs Neue“, kritisierte Eckert den Vorgang. ■



FOTO: BENJAMIN DAHLHOFF, CC-BY-SA-3.0

Umstrittene Auftragsvergabe im Landeshaus Wiesbaden, dem Sitz des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft Verkehr und Landesentwicklung.



FOTO: SPD-LANDTAGSFRAKTION

Sabine Waschke, Mdl

AUFSICHT ÜBER SPARKASSEN BEIBEHALTEN

Die europapolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Sabine Waschke, hat die EU-Finanzinstitutionen in Brüssel für deren Leitlinien in Bezug auf staatliche Vertreterinnen und Vertreter in Aufsichtsorganen von Kreditinstituten kritisiert. Die EU-Verantwortlichen gingen davon aus, dass sich staatliche Vertreter in den Aufsichtsorganen von Kreditinstituten in einem generellen Interessenkonflikt befänden. „Diese Annahme halten wir für grundfalsch. Demokratisch legitimierte Beteiligung und Kontrolle durch aus öffentlichen Wahlen hervorgegangene Vertreterinnen und Vertretern sind wesentlicher Teil der Qualifikationsanforderungen“, sagte Waschke. ■

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Fraktion im Hessischen Landtag und SPD-Landesverband Hessen

Redaktion:
Gert-Uwe Mende (verantwortlich)
Dr. Wilfried Lamparter
Michael Fraenkel
Gerfried Zluga-Buck
Isabel Neumann
Martina Häusl-David
Johanna Lanio
Samira Bouchouaf

Anschrift:
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden